

Brief-Mustervorlage

Betreff: **Gesetzentwurf zur Stärkung der Sicherheit im Pass- und Ausweiswesen**

Sehr geehrte/r MdB Frau / Herr XY,

Mitte Dezember hat das Bundesinnenministerium einen Gesetzesentwurf zur Stärkung der Sicherheit im Pass- und Ausweiswesen auf den Weg gebracht. Darin wird unter anderem vorgesehen, dass künftig Bilder für Pässe und Ausweise nur noch in den jeweiligen Passämtern unter den Augen eines Mitarbeiters fotografiert werden dürfen. Als Portraitfotograf bin ich von den Auswirkungen, die dieses Gesetz haben würde, unmittelbar betroffen.

Für mich würde der Wegfall des Passbildgeschäftes einen herben Verlust und einen massiven Einbruch der Betriebsumsätze bedeuten – eventuell sogar Geschäftsaufgabe oder Kündigungen von Mitarbeitern, die sich maßgeblich um das Passbildgeschäft kümmern. So wie mir geht es auch vielen meiner Kollegen. Der *bund professioneller portraitfotografen (bpp)* hat hierzu eine interne Umfrage unter seinen Mitgliedern zum Thema *Passbildgeschäft* gemacht. Eine offizielle Stellungnahme, in der auch Zahlen zu den Umfragewerten veröffentlicht werden, finden Sie hier:

<https://www.bpp.photography/politics/bildbranche-organisiert-die-gemeinsame-interessenvertretung-initiative-bild-2/>.

Bitte lesen Sie hierzu auch die Stellungnahme des bpp, die auf der Webseite einzusehen ist.

Selbstverständlich kann ich den vorrangigen Sicherheitsaspekt und die Vorbeugung gegen mögliche Manipulation verstehen. Aber hier ist gerade ein ganzer Berufszweig betroffen und massiv bedroht, seine Existenzgrundlage zu verlieren.

Ich bitte Sie, sich für mein Anliegen stark zu machen. Das Fotografenhandwerk wurde in den letzten Jahren ohnehin schon massiv gebeutelt und durch verschiedenste politische Entscheidungen (Abschaffung des Meisterzwangs, immer mehr Fotografen im Nebengewerbe, vermehrte Schwarzarbeit) aber auch gesellschaftlichen Entwicklungen wie der zunehmenden Digitalisierung geschwächt. Sollte es wirklich so kommen, dass Passbilder künftig nur noch und ausschließlich durch das Passamt selbst gemacht werden dürfen, so nimmt der Staat schlichtweg einem ganzen Berufszweig die Arbeit weg und verstaatlicht etwas, was bisher privatwirtschaftlich organisiert war.

Eine Lösung könnte meiner Meinung nach sein, dass sich Fotografen als ausgesuchte und qualifizierte „Passbildfotografen“ zertifizieren lassen können. Hier könnte der bpp als Interessenvertretung vieler professioneller Portraitfotografen wertvollen Input liefern.

Über eine Antwort Ihrerseits und Ihre Unterstützung freue ich mich.
Mit freundlichen Grüßen,

XY